

An den Bürgermeister der Stadt Datteln
Herrn Wolfgang Werner
Rathaus
45711 Datteln

Schriftliche Anfrage an den Bürgermeister und die Verwaltung der Stadt Datteln

Sehr geehrter Herr Werner,

im Zusammenhang mit der weiteren Beratung des Bebauungsplanes Nr. 105 "E.ON Kraftwerk" hat unsere Fraktion Klärungsbedarf. Daher bitten wir Sie, zu folgenden Sachverhalten Stellung zu nehmen und uns die Fragen zu beantworten.

Vom Bebauungsplan Nr. 105 –"E.ON Kraftwerk" liegen inzwischen drei Versionen (Stand 22.02.2006, Stand 11.05.2006, Stand 16.10.2006) vor.

Die erste Version von Februar wurde an die Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme geschickt, obwohl ein Hinweis erforderlich war, dass „die Entwurfsunterlagen auch im Hinblick auf die Festsetzung planexterner Ausgleichsmaßnahmen bis zur öffentlichen Auslegung ...ergänzt und konkretisiert“ werden würden. Von weiteren Änderungsvorbehalten war nicht die Rede.

Die zweite Version von Mai wurde dem Rat von der Verwaltung nachdrücklich zur öffentlichen Auslegung empfohlen, obwohl der dazugehörige Umweltbericht möglicherweise „durch zusätzliche Beurteilungen aufgrund weiterer gutachterlicher Untersuchungen bis zum Satzungsbeschluss zu ergänzen ist“ und dann auch zu prüfen sei, „ ob aus verfahrensrechtlichen Gründen eine erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes ...durchzuführen ist.“ (Vorlage Nr. 281 vom 24.05.2006, Seite 7)

Bei der dritten Version von Oktober wurden Änderungen und Ergänzungen von Begründung und Umweltbericht eingearbeitet. Zusätzlich wurde der Umweltbericht entsprechend dem Stand des Verfahrens in den Abschnitten Luft, Schall, Auswirkungen auf das Klima, Straßenverkehr zum Kraftwerk und Kompensationskonzept fortgeschrieben. In der Begründung und im Umweltbericht wurden Änderungen auf mindestens 35 Seiten vorgenommen. Außerdem sind umfangreiche neue Gutachten Bestandteil der Planunterlagen geworden.

Diese Fassung soll nun die endgültige sein und im November erneut für nur zwei Wochen offengelegt werden.

Aktuell haben am 23. und 24. Oktober 2006 Erörterungen im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren (WHG § 31) stattgefunden. Wie sich dabei gezeigt hat, wird die Genehmigungsbehörde in diesem Planfeststellungsverfahren weitere Klärungen veranlassen, was z. B. die Bodenbelastung des Haldenkörpers und das Risiko des Schadstoffaustrags in den Ölmühlenbach, die Wertigkeit des § 62 Biotops, die erforderliche

Größe des Parallelhafens angeht. Auch werden noch Alternativen für die Umlegung des Baches und Bewertungen zu Leitarten des FFH Gebietes Lippeaue neu in das Verfahren eingebracht und erörtert werden. Dieses wird mit großer Wahrscheinlichkeit zu gesicherteren Erkenntnissen führen, die erneut eine Fortschreibung der Begründung des Bebauungsplanes Nr. 105 erforderlich macht. Das würde dann wieder eine erneute Auslegung nach sich ziehen, denn ohne dass ein im vollen Umfang stimmender Umweltbericht ausgelegt hat, kann, wie die Verwaltung zu Recht schreibt, keine rechtsgültige Abwägung vorgenommen werden.

Die Entwicklung der vergangenen Wochen hat eindeutig gezeigt, dass sich die ehrgeizigen Erwartungen von E.ON als Fehleinschätzung erwiesen haben, die ganzen Planungs- und Genehmigungsschritte ließen sich in einem so kurzen Zeitraum und derart verzahnt abwickeln. Es wäre sicherlich besser gewesen, zumindest mit den Planungsschritten des Bebauungsplanverfahrens erst dann einzusetzen, wenn die Abklärungen und Sachinformationen aus dem immissionsschutzrechtlichen Verfahren und Planfeststellungsverfahren die notwendige Klarheit geschaffen hätten.

Wir halten es nicht für richtig, jetzt schon die dritte Version des Bebauungsplanentwurfes offen zu legen, ohne die Entscheidungen in der Wasserbehörde bei der Bezirksregierung abzuwarten, da mit großer Wahrscheinlichkeit eine Umarbeitung der Begründung und damit eine weitere Offenlegung notwendig wird.

Eine dritte Offenlegung führt zu einem weiteren großen Imageschaden für die Stadt und wird noch mehr Zeit beanspruchen

Frage 1: Zur erneuten Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange

Wie ist es zu beurteilen, dass die Träger öffentlicher Belange nur zu einem Planentwurf Stellung nehmen konnten, der sich in großen Teilen vom aktuellen Planungswerk unterscheidet? Muss bei einer so umfangreichen Fortentwicklung des Bebauungsplanes nicht auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wiederholt werden?

Frage 2: Zu den zusätzlichen Planungskosten

Für die Bearbeitung des Bebauungsplanes wurden neben städtischen Bediensteten auch das Planungsbüro Wolters und Partner aus Coesfeld, die TÜV NORD Systems GmbH & Co KG aus Rostock und laut Presseberichten auch eine Rechtsanwaltskanzlei aus Köln herangezogen.

Aus welchen Gründen war das so? Trägt die Kosten die Stadt oder die Antragstellerin?

Wenn die Stadt Kostenträgerin ist: Wie hoch waren diese Kosten bisher?

In der Vorlage 322 vom 18.10.2006 werden eine erneute Offenlegung sofort im Anschluss an die Ratssitzung und eine Beschränkung der Frist zur Einsichtnahme und zu Abgabe von Stellungnahmen auf einen Zeitraum von nur zwei Wochen angekündigt.

Sollte es so kommen, haben wir weitere Fragen zur Angemessenheit der Auslegungsfrist, denn es ist bisher bei Planungsvorgängen allgemein üblich gewesen, Planentwürfe für eine Frist von vier Wochen für die Bürgerbeteiligung offen zu legen. Auch Planungen mit nur geringen Auswirkungen für die Stadtentwicklung haben in der Vergangenheit vier Wochen offen gelegen.

Frage 3: Zu Fristverkürzungen in der Vergangenheit

Kann die Verwaltung konkrete Fälle aus der Vergangenheit benennen, bei denen in einem bedeutenden Bebauungsplanverfahren die Offenlegungsfrist verkürzt wurde?

Frage 4: Zur Angemessenheit der Auslegungsfrist

Nach Planungsrecht müssen die Unterlagen in einer angemessenen Frist offengelegt werden. Aus der großen Anzahl von Einwendungen und aus der öffentlichen Diskussion ist bekannt, dass sich viele Menschen mit der Planung auseinandersetzen. Ausgelegt werden mehrere Gutachten und komplizierte Plankorrekturen. Die Kopiermöglichkeiten für Bürger wurden bisher im Dattelner Rathaus sehr rigide gehandhabt. Man muss möglicherweise mehrmals die Amtsstuben aufsuchen: Aus welchen Gründen halten Sie - angesichts der Bedeutung des Planungsobjektes und unter diesen Umständen - eine Frist von zwei Wochen für angemessen?

Aus welche Gründen glauben Sie, dass eine solche Handhabung die Rechtsposition der Stadt in einem Normenkontrollverfahren nicht schwächt?

Wir beklagen, dass durch Ihre Verwaltungsvorschläge in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die Kritiker des Kraftwerkprojektes sollen entmutigt werden und sie sollen durch die Fristverkürzung in ihren Beteiligungsrechten kurzgehalten werden.

Wir fordern Sie dazu auf, das Ihnen Mögliche zu veranlassen, damit die Bürger nicht unter Zeitdruck gesetzt werden, ein Zeitdruck, der allein wegen der zahlreichen Versäumnisse der Firma E.ON und durch die Fehleinschätzung der Verwaltung entstanden ist.

Frage 5: Zur Geltung der Planungshoheit des Rates

Was ist gemeint mit der Aussage auf Seite 9 der Vorlage 322, das Verfahren müsse zeitgerecht durchgeführt und abgeschlossen werden? Ist der Rat nicht mehr Herr seines eigenen Genehmigungsverfahrens? Wer könnte dem mit Planungshoheit ausgestatteten Rat Zeitvorgaben machen?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Klaus Otto Bösche

(Fraktionsvorsitzender)